

graswurzel revolution

für eine gewaltfreie,
herrschaftslose gesellschaft



Skandalurteil

Solidarität mit der gefangenen
Danni-Aktivistin Ella
Seite 9

Spurensuche

Die „JüdInnen“ von
Saint-Martin-Vésubie
Seite 10 f.

50 Jahre GWR

Jubiläumsparty am 28. Mai bei
der Anarchistischen Buchmesse
Seite 19

Vielfalt

VI. Anarchistische Buchmesse
in Mannheim (26. bis 29.5.2022)
Seite 19 ff.

Allgemeinwohl

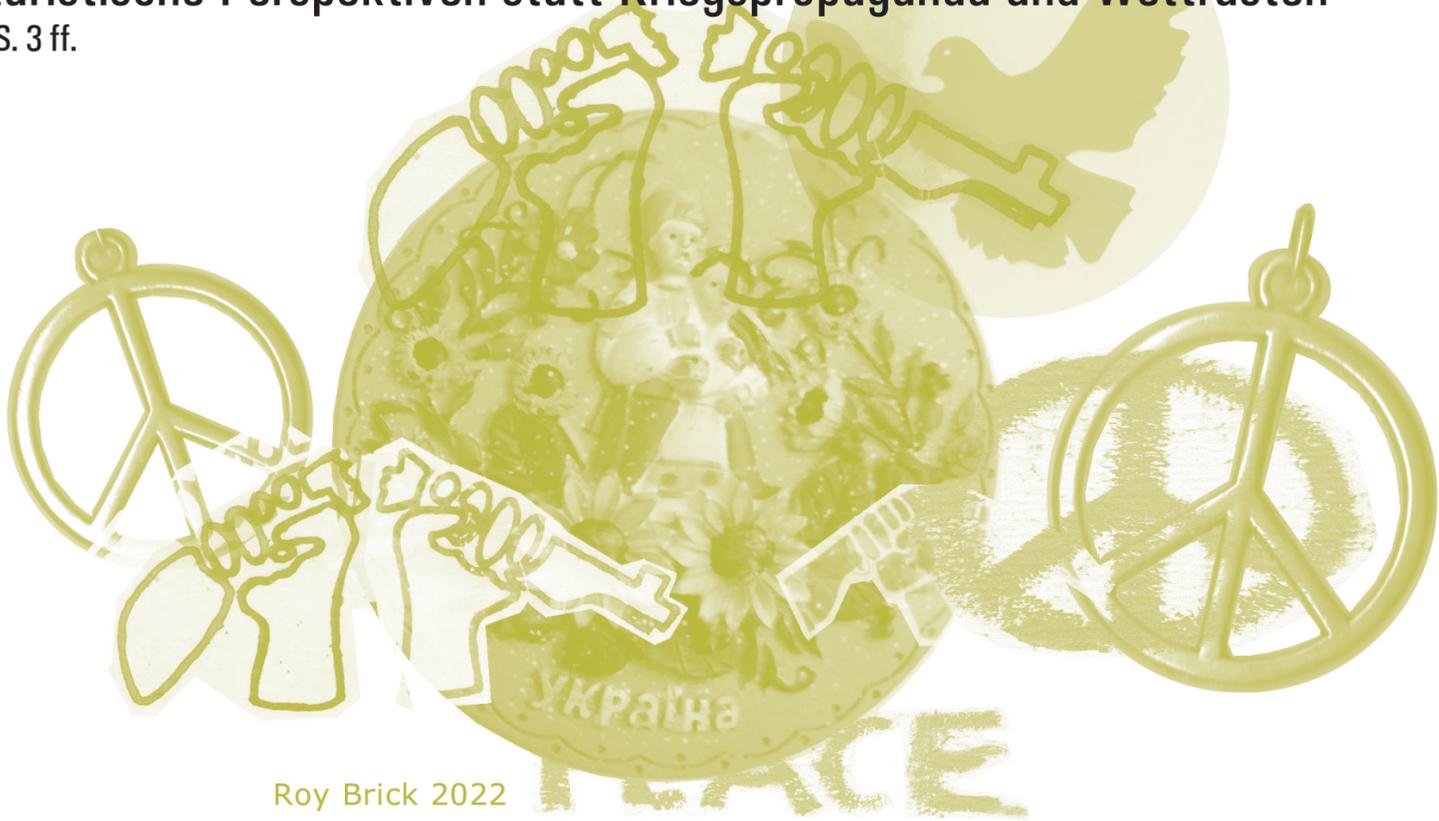
Mit zivilem Ungehorsam
gegen das Lützerath-Urteil
Seite 24

www.graswurzel.net

Raus aus der Kriegslogik!

Antimilitaristische Perspektiven statt Kriegspropaganda und Wettrüsten

Schwerpunkt S. 3 ff.



Roy Brick 2022

Illustration: Roy Brick

Jedes Deserteur-DENK-Mal ist ein Antikriegsimpuls

Über DENK-Zeichen und DENK-Orte, die an Verweigerung erinnern
und zum Frieden mahnen

Gerade in Zeiten von Kriegstreiberei und Aufrüstung ist es dringend notwendig, Alternativen aufzuzeigen und öffentlich sichtbar an mutige Widerstandshandlungen zu erinnern. Lange Zeit war das Gedenken an Deserteure, Kriegsdienstverweigerer und andere Opfer der NS-Militärjustiz, die verfolgt wurden, weil sie sich dem staatlich befohlenen Morden entzogen oder entgegenstellten, gesellschaftlich verpönt. Dass es nach langen und oft zähen Bemühungen zunehmend Ausdruck in antimilitaristischen Denkmälern gefunden hat, schildert Günter Knebel in seinem Überblick für die Graswurzelrevolution. (GWR-Red.)

„Wir erleben eine Zeitenwende. Und das bedeutet: Die Welt danach ist nicht mehr dieselbe wie die Welt davor. Im Kern geht es um die Frage, ob Macht das Recht brechen darf, ob wir es Putin gestatten, die Uhren zurückzudrehen in die Zeit der Großmächte des 19. Jahrhunderts, oder ob wir die Kraft aufbringen, Kriegstreibern wie Putin Grenzen zu setzen. Das setzt eigene Stärke voraus.“ (1) Mit seiner Regierungserklärung, die mit Beifall von allen Fraktionen des Deutschen Bundestages aufgenommen wurde, hat Bundeskanzler Scholz für Deutschland eine neue Phase militärischer „Stärke“ angekündigt. Die ohnehin immensen Aufwendungen für Rüstung und Militär sollen ab sofort durch zusätzliche Sonderausgaben und Erhöhung der jährlichen Haushaltsansätze noch gesteigert werden. Zu befürchten ist: Folgen für die innere und äußere strukturelle Befindlichkeit der Bundesrepublik dürften unabweisbar sein, auch wenn Scholz später relativierend erklärte: „... wir wissen, wofür wir einstehen, auch angesichts un-

serer eigenen Geschichte. Wir stehen ein für den Frieden in Europa. Wir werden uns nie abfinden mit Gewalt als Mittel der Politik. Wir werden uns immer starkmachen für die friedliche Lösung von Konflikten. Und wir werden nicht ruhen, bis der Frieden in Europa gesichert ist.“ (2)

Vor dem aktuellen Hintergrund eines Krieges in Osteuropa, der viele Gefahren birgt, militärisch zu eskalieren, wird hier einmal zusammenfassend an das engagierte und nachhaltige Bemühen zahlloser Menschen an vielen Orten Deutschlands und in einigen Nachbarländern erinnert, durch DENK-Mäler für Deserteure (und andere Opfer der NS-Militärjustiz) antimilitaristischen Protest zu vergegenständlichen, mit denkanstößigen Mahnmälern zur Verweigerung von Militär- und Kriegsdiensten einzuladen, für zivile Konfliktbearbeitung und Gewaltfreiheit zu werben.

Denkanstößige Mahnmäler

Wie ist es zu Deserteur-DENK-Mälern gekommen? Vor gut 40 Jahren, Anfang der 1980er-Jahre, drängte sich im Zuge friedensbewegter Aktivitäten, auch damals gegen noch mehr Rüstung, die Frage auf, warum tausende von Städten und Gemeinden die Soldaten beider Weltkriege mit vielgestaltigen „Ehrenmälern“ würdigen, nirgendwo aber derjenigen öffentlich gedacht wird, die sich der staatlich erzwungenen Mitwirkung in Kriegen widersetzt oder entzogen haben?

Fortsetzung auf Seite 8

Inhaftierung statt Schutz

Zwei beispielhafte Geschichten zur Kriminalisierung von Flucht in Griechenland und der EU

Die Festung Europa greift bei der Abwehr von flüchtenden Menschen vermehrt auf die Justiz zurück: Immer öfter werden Refugees, die die Fahrt übers Mittelmeer geschafft haben, in Griechenland wegen „illegaler Einreise“ und „Beihilfe zur illegalen Einreise anderer“ in rassistischen Prozessen zu jahrzehnte- oder sogar jahrhundertelangen Haftstrafen verurteilt. Die Kampagne You can't evict Solidarity, die die Gerichtsverfahren begleitet und die Betroffenen unterstützt, stellt zwei aktuelle Fälle vor. (GWR-Red.)

Die Entfernung zwischen der türkischen Küste und den griechischen Inseln erscheint so gering, und dennoch ist die Überfahrt für tausende Menschen seit Jahren sehr gefährlich: Unzählige Menschen haben dort schon ihr Leben gelassen, sind ertrunken, wurden nicht gerettet, wurden von Küstenwachen angegriffen, in türkische Gewässer zurückgepusht, sind in Seenot geraten oder wurden nach ihrer Ankunft verhaftet und kriminalisiert.

Unsagbare Ungerechtigkeit

So erging es auch Amir und Razuli, als sie im März 2020 versuchten, mit einem Schlauchboot von der türkischen Küste aus die griechische Insel Lesbos und somit die EU zu erreichen – und ebenso Hasan und N.* („Samos 2“), die im November 2020 auf der griechischen Insel Samos ankamen. Diese beiden Geschichten sollen hier exemplarisch für die unsagbare Ungerechtigkeit, das rassistische europäische Grenzregime und die Kriminalisierung von Menschen auf der Flucht erzählt werden. Verschiedene internationale Initiativen und selbstorganisierte Gruppen haben sich seit Jahren zu-

sammengeschlossen, um auf solche „boat driving“-Prozesse aufmerksam zu machen, sie kritisch zu beobachten und die Betroffenen solidarisch zu begleiten. Das Legal Centre Lesvos, Aegean Migrant Solidarity, Borderline Europe e. V., You can't evict Solidarity und Deportation Monitoring Aegean sind Teil der Solidaritäts- und Öffentlichkeitskampagnen zu den hier beschriebenen Fällen von Amir und Razuli und von Hasan und N. Sie fordern Freiheit und Gerechtigkeit für alle Betroffenen, die einfach nur Schutz in Europa gesucht hatten und stattdessen willkürlich zu unsagbar hohen Haft- und Geldstrafen verurteilt werden.

Das Berufungsverfahren von Amir und Razuli, die bereits im September 2020 verurteilt worden waren, war auf den 17. März 2022 auf Lesbos angesetzt und wurde schließlich – vielleicht aus Gründen zu großer Medien- und Beobachter*innen-Präsenz – erst auf den 7. April 2022 und dann auf den 8. Dezember 2022 verschoben. Gegen Hasan und N. wird am 18. Mai 2022 in erster Instanz auf Samos verhandelt.

Amir und Razuli

Amir und Razuli berichteten, dass sie von der griechischen Küstenwache angegriffen wurden, die versuchte, sie unter Gewaltanwendung zurück in türkische Gewässer zu drängen, und dabei das Schlauchboot beschädigte. Die beiden Refugees wurden festgenommen und willkürlich der „Beihilfe zur illegalen Einreise“ und „Verursachung eines Schiffbruchs“ angeklagt, außerdem für ihre eigene illegale Einreise. Am 8. September 2020 wurden sie zu 50 Jahren Gefängnis verurteilt.

Fortsetzung auf Seite 16